

Gegründet
1877.

Die Tagesausgabe
kostet vierteljährlich
im Bezirk Nagold und
Rastatt 1.25
außerhalb 1.35.

Die Wochenausgabe
(Schwarzwälder
Sonntagsblatt)
kostet vierteljährlich
50 Pf.



Verantwortlicher
Nr. 11.

Preiseigenpreis
bei einmaliger Ein-
rückung 10 Pf. bei
einmaliger Zeile
oder deren Raum;
bei Wiederholungen
entsprechender Rabatt
Reklame 15 Pf.
die Textzeile.

Schwarzwälder Tageszeitung für die Oberamtsbezirke Nagold, Freudenstadt und Calw. :: Wochen-Ausgabe: „Schwarzwälder Sonntagsblatt“

Nr. 272

Ausgabe in Altensteig-Stadt.

Dienstag, den 19. November.

Amtsblatt für Pfalzgrafenehler.

1912.

„Krieg dem Kriege!“

Die internationale Sozialdemokratie rüstet sich, den Krieg mit Worten und mit Resolutionen zu bekämpfen. In Deutschland redeten am Sonntag ausländische Sozialisten für den Völkervereinigung, und Herrn Scheidemann schickt man nach Paris, Herrn Liebknecht nach Budapest, um den Krieg totzureden. Clara Zetkin aber ruft die Frauen auf, zahlreich an dem internationalen Kongress zu erscheinen, um „machtvoll für den Frieden zu demonstrieren“. Und Ende November wird sich die internationale Sozialdemokratie in Basel ein Stelldichein geben, allwo die Proletarier aller Völker in der Burgvogelhalle über die internationale Lage und über die Vereinbarung einer Aktion gegen den Krieg beraten wollen. Das Schema dafür liegt bereits fertig in den Artikeln der deutschen sozialdemokratischen Presse vor. Es beweist, wie die Sozialdemokratie in einem geschraubten Schlagwortformalismus völlig erstarrt ist, so daß eigene Gedanken und selbständiges Nachdenken dagegen nicht mehr aufkommen vermögen. Alle Erscheinungen auf dem Welttheater werden in den großen Verlegenheitsfesseln „Imperialismus“ geworfen, wie der Spötter Schippel neulich so treffend sagte, und eine Abwechslung bietet höchstens das martige Schlagwort von der „kapitalistischen Raub- und Beutepolitik“. Nur schade, daß die sozialdemokratische Doktrin auf die letzten weltpolitischen Ereignisse so gar nicht anzuwenden ist. Italiens Feldzug gegen die Türkei war sehr gegen die Interessen der kapitalistischen Machtfaktoren sowohl Italiens wie der Türkei, da der „Kapitalismus“ haben und dräben an einem ruhigen Handelsverhältnis viel stärker interessiert war als an einem kriegerischen Zusammenstoß mit Vorderasien. Eine Idemverwirrung ist aber bei der Sozialdemokratie durch den weiteren Verlauf des Krieges eingetreten. Die sozialistischen Theoretiker haben plötzlich ganz vergessen, daß es die Balkanstaaten waren, die den Krieg vom Zaune brachten, und mit einer fast rührenden Fürsorge sind die sozialdemokratischen Zeitungsartikel darum bemüht, daß Europa ja nicht die Balkanstaaten bei ihrem Geschäft des Beuteeinnehmens sähe. Nun läßt sich zur Not die Angliederung solcher Gebiete, in denen Volksgenossen der Balkanvölker wohnen, mit der sozialdemokratischen Theorie von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Einklang bringen, obwohl es recht fraglich ist, ob die Bewohner jener Gebiete nun ohne weiteres sich als Brüder der siegreichen Völker fühlen und ihnen die neue Regierung dauernd gut bekommen wird. Ganz leitend aber ist, daß die sozialdemokratische Presse sich mit einem fast heiligen Eifer gegen ein selbständiges Albanien wendet, obwohl es doch logisch ist, daß, wenn man „den Balkan für die Balkanvölker“ fordert, man auch „Albanien den Albanern“ zugestehen muß. Hier vermag aber die sozialdemokratische Theorie von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Unhaltbar ist es doch auch, das staatliche Selbstbestimmungsrecht zu fordern u. gleichzeitig das staatliche Lebensinteresse zu verhorrezieren. Die Politik Österreich-Ungarns ist im Verlauf der letzten Jahre gewiß nicht frei von jeder Aggression gewesen; wenn sich aber Österreich jetzt gegen eine slawische Eintretungspolitik wendet, so wird man ihm das im Interesse seiner Zukunft wahrhaftig nicht verargen können, und die Sozialdemokratie in ihrer Gedankenlosigkeit und großzügigen Oberflächlichkeit begreift nicht, daß sie russische Interessen verfehlt, wenn sie Österreichs Vorgehen fortgesetzt mit den schärfsten Ausdrücken bekämpft. Im letzten Grunde, darüber kann gar kein Zweifel sein, ist es Rußlands Vorteil, wenn slawische Staaten Österreich im ganzen Süden umfassen. Die bedrohen den staatlichen Bestand Österreichs, das zahlreiche Slawen zu

seinen Staatsangehörigen zählt, und im Kriegsfall mit Rußland zwingt ein starker Balkanbund Österreich zur Halbierung seiner Streitkräfte ein geradezu ungeheurer Vorteil für Rußland! Aber so weit sind die Sozialisten in ihre Dialektik verarrant, daß sie ganz den Sinn für die Wirkung ihrer Agitation verloren haben. Noch heute ist Rußland das Haupt des Absolutismus und die Vormacht der Reaktion in Europa. Und dennoch stützt die sozialistische Agitation diese Macht! Es klingt wie ein Treppenhieb der Weltgeschichte, wenn es nicht eine gefährliche Wahrheit wäre. Auch über die Kräfte, die den Weltfrieden wirklich erhalten, tappt die Sozialdemokratie völlig im Dunkeln. Dadurch, daß die Mächtegruppierungen untereinander zusammenhalten, ist der Friede mehr gewährleistet als durch irgend einen anderen Faktor. Rußland wird sich hüten, einen Krieg wegen Serbien zu unternehmen, wenn es weiß, daß der Dreibund fest zusammenhält. Das vergrößerte Risiko eines Krieges infolge der europäischen Völkerverbündnisse ist die stärkste Friedensgarantie. Kürzlich forderte die Sozialdemokratie in einer Demonstrationssammlung Deutschland auf, „seinen Einfluß für die Erhaltung des Weltfriedens bei den übrigen Großmächten geltend zu machen“. Diese beiden Leute sollen doch bedenken, daß man im weltpolitischen Leben nicht Einfluß mit papierernen Resolutionen ausübt. Dazu gehören staatliche Machtmittel, die die Sozialdemokratie aber noch immer in ungläublicher Verblendung verweigert. Man sieht immer wieder, wie wenig die Sozialdemokratie, die angebliche Partei der Wissenschaft, noch in die weltpolitischen Gegenwartsprobleme eingedrungen ist. Sie sollte lieber, anstatt sich an großen Worten und auf internationalen Paraden zu betrauen, im stillen Kämmerlein darüber nachdenken, ob nicht der Liberalismus auf dem richtigeren Wege ist, der dem Volk gibt, was des Volkes ist, aber auch vaterländische Notwendigkeiten nicht aus dem Auge läßt und damit dem Weltfrieden bessere Dienste leistet als die hohle sozialdemokratische Ruhmredigkeit.

Landesnachrichten.

Altensteig, 19. November 1912.

* **Markt.** Der auf Dienstag, den 26. November fallende Krämer-, Vieh- und Schlachtmarkt in Altensteig wird abgehalten.

* **Justizreferendare in den Schutzgebieten.** Die Reichskolonialverwaltung will Referendare, die sich später dem Kolonialdienst zu widmen gedenken, die Ableistung eines Teils ihrer Vorbereitungszeit bei den Gerichten der Schutzgebiete ermöglichen. Das Justizministerium ist nach einer Bekanntmachung im Ministerialamtsblatt bereit, württemberg. Referendaren, die hiervon Gebrauch machen wollen, den erforderlichen Urlaub zu erteilen. Die Beschäftigung bei den Gerichten der Schutzgebiete soll regelmäßig nach Ableistung von neun Monaten des amtsgerichtlichen Vorbereitungsdienstes beginnen u. höchstens ein Jahr dauern. Wegen der Einteilung des amtsgerichtlichen Vorbereitungsdienstes empfiehlt es sich, etwaige Gesuche um Zuteilung an die Gerichte der Schutzgebiete schon zu Beginn desselben zu stellen und dem Justizministerium vorzulegen. Das Nähere, insbesondere über die Bedingungen der Zuteilung über die den Gesuchen anzuschließenden Belege, können die Referendare bei der Kanzlei des Justizministeriums erfahren.

* **Uebertragen** wurde eine ständige Lehrstelle in Rastatt, Bez. Schorndorf, dem Schulamtsverweser Philipp Bischoff in Scherubach, Bez. Pfalzgrafenehler.

|| **Freudenstadt, 18. Nov. (Wintersport.)** Der erste Wintersportsonntag brachte sehr lebhaftes wintersportliches Treiben. Mit dem in Stuttgart abgelaufenen ersten Winterportzug kamen rund 300 Skiläufer hierher, die teils zu Wagen, teils zu Fuß den Schneeschuhplätzen zueilten. Die hiesige

Schneeschuhgilde unternahm eine Tour vom Kienberg durch den Teuchelwald. Auch die Rodelbahnen wurden von Jung und Alt zahlreich benutzt. Der Ruhestein und die Hornisgrünbe war von eisigen und badiischen Schneeschuhläufern sehr stark besucht. Der Schnee liegt annähernd einen halben Meter hoch und dürfte sich, wenn kein Witterungsumschlag eintritt, auch noch über den nächsten Sonntag erhalten.

|| **Calw, 18. Nov. (Betrug.)** Der Händler und Schmied Gering von Dachtel, der einem Schärer in Knittlingen zwei größeren Darlehen abzugewinnen mußte, ist wegen Betrug verhaftet worden.

|| **Neuenbürg, 18. Nov.** Drei Rekruten von Loffenau, die ein Mädchen in wüster Weise mißbraucht hatten, sind verhaftet worden.

|| **Herrenberg, 18. Nov. (Unfall.)** In Rohrau brach gestern früh in dem Haus des Georg Kienzle, als die Frau Kaffee machen wollte, der Küchenboden, der über dem Stall liegt, hinunter. Die Frau mußte aus dem Schutt herausgeholt werden, erlitt aber glücklicherweise nur leichtere Verletzungen.

|| **Tübingen, 18. Nov. (Königsbesuch.)** Gestern vormittag stattete das Königs Paar der von der Burschenschaft Germania veranstalteten Uhlantgedächtnisausstellung einen Besuch ab. Die Majestäten verweilten etwa eine halbe Stunde in der Ausstellung und waren über das Gesehene hoch befriedigt.

|| **Göppingen, 18. Nov. (Kudlojes Verbrechen.)** Das zwischen Salach und Süssen in der Fils aufgefundenen Mädchen scheint einem kudlojen Verbrechen zum Opfer gefallen zu sein. Wie verlautet, wurden zwei Personen verhaftet, die im dringenden Verdacht stehen, das Mädchen vergewaltigt, ermordet, eventuell es in die Fils gestoßen zu haben, wo es seinen Tod fand.

|| **Pforzheim, 18. Nov. (7000 Mark gestohlen.)** Ein sehr rentabler Einbruch wurde gestern nachmittag am hellen Tag hier begangen. Der Dieb stieg in das Haus Karlstraße 37b in die Wohnung eines Gasgebläsehebers, wo es ihm glückte, verschiedene Schmucksachen sowie eine alte Ledertasche mit 7000 Mark Inhalt zu erbeuten. Man hat noch keine Spur vom Täter.

Das Landtagsergebnis in Stuttgart-Stadt.

|| **Stuttgart, 18. Nov.** Als Abgeordnete der Stadt Stuttgart wurden durch die am Samstag vorgenommene Proporzwahl folgende 6 Kandidaten gewählt: Dr. Lindemann (Soz.), Westmeyer (Soz.), Engelhardt (Soz.), Baumann (Nat.), v. Gauß (Sp.) und Hiller (Bl.). Die Parteien erhielten folgende Stimmenzahl: Sozialdemokratie 139 204, Deutsche Partei 72 471, Volkspartei 38 659, Konservativ 29 994, Zentrum 18 513. Die Listen der Deutschen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei sowie die der Konservativen mit dem Bund der Landwirte und des Zentrums waren verbunden. Im einzelnen erhielten: Dr. Lindemann 35 880, Engelhardt 24 674, Westmeyer 23 477, Baumann (DP.) 18 800, Bazille (DP.) 18 240, Kriech (DP.) 8 362, Weitbrecht (DP.) 13 607, Leibbrand (DP.) 6 884, v. Gauß (Sp.) 12 078, Bötter (Sp.) 8 651, Haaga (Sp.) 6 252, Frank (Sp.) 6 074, Eisele (Sp.) 5 411, Dr. Kustige (Sp.) 93, Hiller (Bl.) 13 427, Mangold (Bl.) 5 042, Zischer (Bl.) 4 861, Kempnis (Bl.) 3 333, Müller (Bl.) 2 097, Krug (Bl.) 3 29, Groß (Z.) 5 367, Dr. Schilling (Z.) 4 994, Schanbacher (Z.) 2 208, Krummer (Z.) 2 119, Heinle (Z.) 2 091, Klegger (Z.) 1 834. Bei den Proporzwahlen von 1906 fielen auf die soz. Liste 117 136, (also heute mehr 22 068), auf die Liste der Deutschen Partei 59 315 (also heute mehr 13 156), auf die Liste der Volkspartei 36 081 (also heute mehr 2578), auf die von Bund und Konservativen 16 527 (heute mehr 12 567). Auffallend gering ist demnach der Zuwachs der Volkspartei.

Erst heute abend kurz vor 7 Uhr wurde für Stuttgart-Stadt das Ergebnis der Proporzwahl vom Samstag bekannt gegeben. Der Proporz ist ein umständliches Verfahren und die Feststellung des Resultats, besonders in Bezirken mit vielen Wahlberechtigten, sehr zeitraubend. Aber auch Verzögerungen, die der Komit nicht entbehren, trugen dazu bei, daß das Ergebnis so spät festgestellt werden konnte. So hatte z. B. ein Rathaus-Aufwarter den Auftrag, aus dem 70. Bezirk in Heilach das Resultat nach dem Rathaus zu bringen. In seinem Eifer gab der Gute zwar die abgegebenen Wahlzettel auf dem Rathaus ab, aber das Aktenstück mit den amtlich ermittelten Ziffern behielt er feilenruhig in seiner Tasche. Zwei Stunden lang mußten Telefon und Boten in Bewegung gesetzt werden, ehe es gelang, ihn und damit das fehlerhaft erwartete Schriftstück zu finden.

Der Termin für den Landesproporz.

Die Wahl der 17 Abgeordneten der beiden Landeswahlkreise ist auf Mittwoch, den 18. Dezember angesetzt worden. Die Wahlvorschläge müssen bei dem Vorsitzenden der gemeinsamen Landeswahlkommission, Ministerialdirektor von Scheurle, unter der Adresse: Ministerium des Innern, Stuttgart, Dorotheenstraße 1, spätestens bis Dienstag, den 3. Dezember abends 7 Uhr eingereicht sein. Die Erklärung der Verbindung mehrerer Wahlvorschläge muß spätestens bis Montag, 9. Dezember, abends 7 Uhr, dem Vorsitzenden der Landeswahlkommission gegenüber abgegeben sein.

Blätterstimmen zur Landtagswahl.

Der „Schwäbische Merkur“ betont, daß die nationalliberale Partei, von beiden Seiten bedrängt und in die Enge getrieben, diesmal den Hauptstoß auszuhalten hatte und daß der Erfolg den Erwartungen, die man an das Bündnis mit der Volkspartei geknüpft hatte, nicht entspricht. Das Abkommen sei zwar von der Deutschen Partei allgemein u. von der Volkspartei im großen ganzen loyal durchgeführt worden, von der letzteren aber an einigen Stellen doch nur mangelhaft, besonders in Maulbronn. Was die Abmachungen der Parteien anlangt, so ist wesentlich die Klausel des Wahlabkommens, die eine volle Bindung nur da bestehen läßt, wo die eine oder die andere der Vertretungsparteien mit ernsthaften Kandidaturen in den zweiten Wahlgang eintritt. Nur mit Ausnahme aller gebotenen Möglichkeiten könne es gelingen, die Deutsche Partei wie auch die Volkspartei annähernd in der alten Stärke in den Halbmonatsat zu bringen. Zum Schluß erwähnt der Merkur: Die Sozialdemokratie sei schließlich doch der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft. Der „Beobachter“ empfiehlt eine verständige Taktik und ein entschiedenes Zusammenhalten der Linken als Gesamtbegriff, unter den er auch die Sozialdemokratie einrechnet. Das führende Organ der Volkspartei spricht davon, daß der Rechten voranschreitend auch beim Abschluß der Wahlen zu einer Mehrheit im neuen Landtag immer noch acht Sitze fehlen würden und daß diese ihr nur dann zu-

fallen könnten, wenn Nationalliberale, Volkspartei und Sozialdemokratie jede Verständigung und Fühlung unter sich ablehnen und sich gegenseitig in völliger Verkennung der Situation weiter bekämpfen würden. Die „Schwäbische Tagwacht“ ist natürlich mit dem Ausfall zufrieden, der für die sozialdemokratische Partei 5 Mandate mehr erbrachte als der erste Wahlgang im Jahre 1906. Bei den bürgerlichen Parteien sei alles so gekommen, wie es kommen mußte. Statt den 5 Mandaten, die der Beobachter vom Samstag dem Bauernbund zuschrieb, habe dieser bereits 10 und man müsse sich fast wundern, daß es nicht noch zwei mehr seien. Ueber die Frage eines Großblocks in zweiten Wahlgang schreibt das Blatt: Bei der Volkspartei scheint die Einsicht zu dämmern. Aber die Volkspartei ist gebunden durch das Abkommen. Sie wird kaum in der Lage sein, den von Hausmann angeführten entscheidenden Schlag gegen rechts zu führen, zu dem sie allerdings die Notlage zwingt. Das Organ der württembergischen Sozialdemokratie spricht deshalb zum Schluß davon, daß ihre eigene Taktik sich nach der der bürgerlichen Parteien und insbesondere danach richten werde, ob die liberalen Parteien sich zu jenem entscheidenden Vorstoß gegen die Rechte aufschwüngen werde. Die konservative „Deutsche Reichspost“ stellt fest, daß das Bündnis zwischen Volkspartei und nationalliberaler Partei den verbündeten Parteien im ersten Wahlgang nicht einmal so viel Mandate zuzuführen vermochte, als die Konservativen und der Bund erhielten. Diesem habe das liberal demokratische Bündnis nicht im geringsten geschadet, im Gegenteil habe es in einigen Bezirken an ihre Seite gleich im ersten Wahlgang das Zentrum geführt, was sehr fraglich gewesen wäre, wenn sich nicht Deutsche Partei und Volkspartei so innig und nahe verbunden hätten. Die „Deutsche Volkszeitung“ sagt: Das Zentrum hat sich auch dieses Mal wieder als der unüberwindliche Turm erwiesen. Die Volkspartei sei geschwächt. Die Leitenden aber bei dem liberalen Wahlbündnis seien die Nationalliberalen. Man habe es ihnen oft genug voraus gesagt, daß sie sich von der Volkspartei gründlich über das Ohr hauen ließe. Die Wahl vom 16. November bedeute einen kleinen Aufbruch nach rechts. Die „Recht-Zeitung“ sagt: Die Lehre dieses Wahlkampfes heißt: Organisation.

Deutsches Reich.

Der neue Reichsetat.

Der Militäretat.

Aus Anlaß der Heeresverfärbung sollen im Rechnungsjahr 1913 neu errichtet werden: 1 Inspektion der Eisenbahntuppen, 1 Eisenbahn-Brigadestab, 93 Maschinengewehrkompanien, 1 Kavallerie-Regiment mit niedrigem Etat, 11 Scheinwerferzüge, 1 selbständiges Eisenbahnbataillon, die 4. Kompanie des Kraftfahrbataillons, die 4. Kompanie bei fünf Trainbataillonen, 1 Remontedepot, 1 Artilleriedepot in Altona unter Wegfall des Re-

ben-Artilleriedepots in Stade; außerdem je 1 Bataillon Infanterie mit niedrigem Etat in Sachsen und Württemberg sowie 1 Regimentsstab und 1 Bataillon Infanterie in Sachsen.

Etatserhöhungen treten ein: bei dem Militärinstitut, bei 31 jahrenden Batterien Feldartillerie von niedrigem auf den mittleren Etat, bei 12 jahrenden Batterien Feldartillerie vom mittleren auf den hohen Etat, bei den Bataillonen der Eisenbahnregimenter Nr. 1 bis 3, bei der Betriebsabteilung der Eisenbahntuppen, bei der Versuchsabteilung nebst Versuchskompanie der Verkehrstruppen, bei dem Kraftfahrbataillon, beim Luftschifferbataillon Nr. 2, beim Telegraphenbataillon Nr. 1; außerdem in Württemberg bei vier Bataillonen Infanterie vom niedrigen auf den mittleren Etat.

Umgewandelt werden: die Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1 und 3 in Maschinengewehrkompanien, 17 reitende Batterien Feldartillerie niedrigen Etats in fahrende hohen Etats, 10 reitende Feldartillerie-Abteilungen hohen Etats von 2 Batterien zu 6 Geschützen in solche von 3 Batterien zu 4 Geschützen.

An sonstigen neuen oder Fortsetzung wichtiger Maßnahmen sind zu erwähnen: Errichtung einer Militärkuranstalt auf der Insel Borkum unter Wegfall der Militärkuranstalt in Nordern, Errichtung eines Genesungsheims in Eberbach (Rheingau), Einstellung von 100 Studierenden bei der Kaiser-Wilhelm-Akademie, Gewährung des Stadtbriefpostos an alle Bezirkskommandos, Regelung der National- und Pferdegebühren sowie der Entschädigung für die Pferdehaltung, Erhöhung der Kaufverrentation bei der Kavallerie um 1000 Gramm bei allen Nationalhufen, Erhöhung der Tagelöhne an Arbeiter und Arbeiterinnen infolge Einführung einer neuen Lohnskala, Fortsetzung der Versuche usw. auf verkehrstechnischem Gebiet.

Bei den einmaligen Ausgaben sind an neuen Maßnahmen zu erwähnen: Neubau eines Bekleidungsamts in Göttingen, von 2 Kasernen für je 2 Kompanien Infanterie in Königsberg i. P., je einer Kaserne für 1 Bataillon Infanterie in Schrimm und Briesen, einer solchen für eine fahrende Abteilung Feldartillerie nebst Regimentsstab sowie einer Regiments-Offizierspessanstalt in Frankfurt a. M., bauliche Maßnahmen auf dem Bürgerweber Breslau, Neu- und Erweiterungsbauten zur Schaffung lagermäßiger Unterkunft auf Borkum, Neu- und Umbauten zur Verbesserung der Unterkunft von 2 Bataillonen Infanterie in Hannover, Neubau einer Kaserne für 1 Bataillon Infanterie und Ergänzungsbauten für 1 Maschinengewehrkompanie daselbst, Neubau von 2 Schießständen in Hanau, Erprobung der Schießstände auf der Heinen Butte in Hannover, Anlage einer Schwemmkanalisation auf den Truppenübungsplätzen Oberbis und Elsenborn, Beschaffung von Verbinderzellen neuer Art für Sanitätskompanien, Aenderung der Ausrüstung der Festungsartilleriedepots und Einrichtung von Festungsverbandsräumen, Ergänzung des Geräts der Pionier-Belagerungstrains, Erweiterung der Übungsbühne in

Der Mongolei Glück und Ende.

Der Beginn des Jahres 1912 sah die Unabhängigkeitserklärung der Mongolei, das zu Ende gehende Jahr sieht ihre Abhängigkeitserklärung von Rußland; so umfaßt dies für den neuen wie für den alten Orient ereignisreiche Jahr der Mongolei Glück und Ende. Als um die Jahreswende 1911/1912 der „lebende Buddha“, dessen offizielle Bezeichnung „Tschibun Damba Kutuchtu“ ist, während er gewöhnlich „Dzoddo-Gögen“ genannt und von den Russen „Chertun Dampa Hututu“ tituliert wird, von den Mongolenfürsten zum Oberhaupt der Chaltamongolen ausgerufen und der chinesische Reident vertrieben wurde, wurde da gefestigt, daß diese Unabhängigkeitserklärung, die mit Hilfe des rollenden Rußels vollzogen worden war, lediglich zur höheren Ehre des Zarenreiches vor sich gehe, und daß die sogenannte Selbständigkeit des neubegründeten Mongolenreiches einen jener weltpolitischen Scherze darstelle, die wir ja in neuerer Zeit genügend kennen gelernt haben. War doch jene Unabhängigkeitserklärung nur eine wohlbedachte Fortsetzung des russisch-chinesischen Konflikts, der mit dem vielumstrittenen Kuldschovertrag vom Jahre 1881 begonnen hatte und der jetzt mit dem neuesten russisch-mongolischen Abkommen das Ende findet, das von Seiten der Politiker des Zarenreiches mit anerkennenswerter Geschicklichkeit und mit kluger Benützung der gegenwärtigen Weltlage, in der die europäische Diplomatie durch den Balkankonflikt hinreichend beschäftigt ist, ins Werk gesetzt wurde.

Während die europäische Diplomatie über die Regulierung der Erbchaftsmasse des „kranken Mannes“ im alten Orient mit mehr Eifer als Erfolg stant und grübelt, schickt sich Rußland an, das Erbe des kranken Mannes im neuen Orient bei lebendigem Weibe anzutreten. Denn nichts anderes

als eine Amputation der Mongolei vom Reich der Mitte bedeutet das Abkommen, worin die Regierung des Zaren der Mongolei ihre Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der autonomen Verwaltung, die sie errichtet hat, sowie in dem Recht auf ein nationales Heer und in dem Bestreben, chinesische Truppen und chinesische Aufseher von ihrem Gebiete fernzuhalten, zugesagt. Freilich wird in der offiziellen russischen Erläuterung hinzugefügt, daß das Abkommen der Regelung der Beziehungen zwischen der autonomen Mongolei zu China nicht vorgeisse, und daß die russische Regierung keinen Grund habe, eine Verständigung über die Anerkennung der chinesischen Souveränität durch die mongolische Regierung zu verhindern, wenn nämlich die chinesische Regierung sich dem Abkommen in seinen grundlegenden Prinzipien anschließen wolle. Diese letztere Einschränkung mit der weiteren Feststellung, daß die Regierung des Zaren auf Grund des Schutzvertrages sofort die diplomatische Vertretung der Mongolei im Ausland übernehmen werde, läßt anerkennen, daß die russische Regierung in diesem Fall China gegenüber nach dem Motto jenes Feldwebels verfährt, der dem Rekruten zurief: Kerl, halt's Maul, wenn du mit mir sprichst!

Ruß haben freilich, wie aus Schanghai berichtet wird, die mongolischen Fürsten in Urga an die chinesische Regierung einen Protest gegen den Geheimvertrag des Kutuchtu gerichtet, aber bei dem Mongolenvoll selbst dürfte dieser Protest wenig Widerhall finden, schon deshalb, weil ihnen der Kutuchtu, das im Kloster Urga residierende Oberhaupt der buddhistischen Geistlichkeit, als die auf Erden fortdauernde Fleischwerdung des heiligen Dronata, das heißt als wirkliche Gottheit gilt. Allerdings hat der gegenwärtige Kutuchtu, der der achte seines Zeichens und der Sohn eines tibetischen Zollbeamten ist, durchaus nichts Göt-

liches an sich, sondern der Forscher Hans Soder berichtet aus eigener Kenntnis von ihm: „Er war früher ein lebenswärtiger und sehr intelligenter Mensch, aber er trinkt jetzt schon lange zu viel Champagner und Cognac und neigt in seiner göttlichen Unverantwortlichkeit zur Ueberhebung, Willkür und Grausamkeit.“ Was die Ueberhebung und Willkür betrifft, so werden ihm diese die Russen, so weit das in ihre Zwecke paßt, schon austreiben; im übrigen aber ist er ein „Selbstherrschler“ nach ihrem Herzen. A bisse! Lieb' und a bisse! Treu und a bisse! Buttl ist immer dabei.

Und die Mongolei ist ein lohnendes Objekt. Ihre Bedeutung für Rußland liegt vor allem in den wirtschaftlichen Kräften des Landes, denn neben der Wandschurci ist die Mongolei der wichtigste Lieferant von Vieh und Pferden für alle Städte, die auf der russischen Seite des Ural liegen. Auch bietet das Land guten Boden für den Anbau von Weizen und Bohnen, es ist reich an Mineralien, nicht nur an Kohle, Eisen und Kupfer, sondern auch an Silber und Gold. Das in sich zerfallene, durch revolutionäre Wörungen müde und morsch gewordene chinesische Kaiserreich ist nicht in der Lage, dem Einpruch der Mongolenfürsten Folge zu geben und den Russen diesen fetten Bissen zu entreißen. Von anderer Seite aber hat das Reich der Mitte keine Sekundantendienste zu erwarten, denn mit Japan hat das Zarenreich sich geeinigt, als es jenem die Südmandschurei als Interessensphäre zuerkannte. England wird sich in Tibet schadlos halten, und die nordamerikanische Union dürfte unter dem demokratischen Regiment noch weniger Neigung als vorher haben, in Ostasien Konfliktstoffe zu treiben. So wird der Friedensjar, auch wenn er was aber noch gar nicht so sicher ist — im alten Orient leer ausgeht, doch im neuen die Rolle eines Wehrers des Reiches spielen können.

Genau, Materialbeschaffung aus Anlaß der Neuorganisation der Feldtelegraphie, Ergänzung und Umbau des Oberbaues der Militärseifenbahn und Erwerbung eines Pionierübungsplatzes bei Marzendorf.

Der Marineetat.

Die Einnahmen der Verwaltung der Kaiserlichen Marine sind veranschlagt auf 1 103 822 M. (mehr 72 455 M.), die fortdauernden Ausgaben auf 1 97 209 263 M. (mehr 16 106 105 M.), die einmaligen Ausgaben auf 228 747 751 M. (mehr 21 514 286 M.). Im außerordentlichen Etat werden 51 150 000 Mark (weniger 31 420 000 M.) angefordert.

Mit den im Bau befindlichen Schiffsvermehrungsbauten wird der Sollbestand des Flottengesetzes an Linienschiffen, großen Kreuzern und kleinen Kreuzern bis auf 2 Linienschiffe und 3 kleine Kreuzer erreicht.

Zur Durchführung des Flottengesetzes sind neue Stellen für Offiziere und Beamte (Zahlmeister) vorgesehen, und zwar: beim Seeoffizierskorps 30 Fregatten- oder Korvettenkapitäne, 26 Kapitänleutnants sowie 77 Oberleutnants und Leutnants zur See; beim Ingenieurkorps 6 Chefingenieure oder Oberstabsingenieure, 8 Stabsingenieure, 13 Oberingenieure und 21 Ingenieure; beim Sanitätskorps 5 Oberstabsärzte, 6 Stabsärzte sowie 7 Oberassistentenärzte und Assistenzärzte; an Zahlmeisterpersonal 6 Stabszahlmeister und 11 Zahlmeister.

Bei dem militärischen Personal der oberen Dienstgrade, so weit es von den Bedarfsberechnungen zum Flottengesetz nicht betroffen wird, sollen folgende Vermehrungen eintreten: beim Wasserwesen: 3 Feuerwerkskapitänleutnants und 5 Feuerwerksleutnants; beim Torpedowesen: 1 Torpedokapitänleutnant, 1 Torpedooberstabsingenieur u. 1 Torpedoingenieur; beim Minenwesen: 1 Torpedokapitänleutnant und 4 Torpedoleutnants. An neuen Stellen für pensionierte Offiziere sollen hinzutreten: beim Seeoffizierskorps 5 Stellen, beim Ingenieurkorps 3 Stellen. Die Erhöhung des Personalbestandes in den Dienstgraden vom Deckoffizier abwärts beträgt 6125 Köpfe (einschließlich 300 Schiffsjungen). Die Ausgaben für Indienststellungen sind hauptsächlich wegen vermehrter Indienststellungen von Schiffen größeren Typs um 5 558 000 M. höher als im Vorjahr, nämlich mit 57 052 000 M. angelegt. Die Ausgaben für das Wasserwesen erfahren eine weitere Steigerung von 2 617 984 M. gegen das Vorjahr.

Von neuen Maßnahmen ist die beabsichtigte Einführung einer Unterseeboots-Stellenzulage für die Offiziere und Mannschaften der Unterseeboote als Entgelt für den schweren und aufreibenden Dienst an Bord dieser Fahrzeuge hervorzuheben. Die Kosten sind auf 133 000 M. veranschlagt. Es werden gefordert: Erste Raten für das Linienschiff „Ersatz Wörth“, das Linienschiff L, den großen Kreuzer „Ersatz Hertha“, die kleinen Kreuzer „Ersatz Geyser“ und „Ersatz Hela“, den Bau der kaiserlichen Yacht „Ersatz Hohenzollern“ und das Kanonenboot C, sowie eine Torpedobootsflottille; ferner der volle Bedarf für den Bau eines Verlehrsdompfers für das erste Geschwader. Für Unterseeboote sind, wie im Jahre 1912, 20 Millionen Mark eingestellt: für Beschaffungen, Anlagen und Versuche auf verkehrstechnischem Gebiet werden 2,6 Millionen Mark angefordert.

Berlin, 18. Nov. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verleihung der Brillanten zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit dem Stern an den Generalintendanten der Königlichen Hoftheater in Stuttgart, Ganz Edler Herr zu Puttli.

Die Einweihung der größten Talsperre Deutschlands.

* **Mauer, 18. Nov.** Die Hoher-Talsperre bei Mauer in Elsaßen, die größte Deutschlands, die in Anwesenheit des Kaisers feierlich eingeweiht wurde, ist unter großen technischen Schwierigkeiten erbaut. 1908 wurde der Grundstein gelegt. Die Sperre ist zur Zurückhaltung von 50 Millionen Kubikmeter Wasser bestimmt, und der Stauee wird sich, wenn er später gefüllt ist, 8 km halb Kilometer höheraufwärts erstrecken. Die Oberfläche des Stauees mißt 240 Hektar. Die Sperrmauer hat eine Länge von 280 Meter, eine Höhe von 60 Meter, eine Fußbreite von 50,3 Meter und eine Kronenbreite von 7,2 Meter. Die Baukosten belaufen sich auf 5 650 000 M., die Grundwerbskosten auf 2 500 000 Mark.

Vermischtes.

§ Der Siegeszug der deutschen drahtlosen Telegraphie erhebt sich aus der Tatsache, daß die deutsche Telefunken-Gesellschaft gegenwärtig in 37 Ländern tätig ist. Bisher wurden über 1500 Stationen errichtet. Nach Fertigstellung des neuen Telefunkenwerks in Ruken wird die Gesellschaft den höchsten Ehren für drahtlose Telegraphie eingewidmeten Turm besitzen. Bis zum 1. Juli 1914 werden

für alle deutschen Kolonialstationen für drahtlose Telegraphie besitzen. Die erste drahtlose transatlantische Verständigung wurde vor 10 Jahren zwischen England und Kanada erzielt.

§ Der jüngste deutsche Ehemann ist nach einer Zusammenstellung, welche wir der „Sonntagszeitung für's deutsche Haus“ entnehmen, 15 Jahre alt. Unter den 16jährigen gibt es 15 Verheiratete und gar schon ein Witwer, unter den 17jährigen 62 Verheiratete und ebenfalls einen Witwer, unter den 18jährigen endlich 502 Ehemännern, 8 Witwer und einen Geschiedenen. Die jüngsten Ehefrauen waren gleichfalls 15 Jahre alt, doch gab es hier schon 64, und im 16. Lebensjahre wurden 528 Ehefrauen, 10 Witwen und eine Geschiedene gezählt.

§ Das Schicksal Konstantinopels. Die mit ihren Vororten in zwei Erdteilen, in Europa und Asien, gelegene Hauptstadt des türkischen Reiches ist aus dem alten Byzanz entstanden, das seit dem Jahre 330 n. Chr. Geburt die Hauptstadt des römischen und nach dessen Teilung im Jahre 395 n. Chr. die Hauptstadt des oströmischen Reiches war. 1453 wurde es von den Türken erobert und Residenz der Sultane. Geschichte und Legende begegnen sich hier mit einer herrlichen Naturschönheit, so daß Konstantinopel von allen Hauptstädten der Erde stets einen besonderen Anziehungspunkt bildete. Heute schweben drohende Wetterwolken über der Stadt mit ihren schlanken Minarets, und ihr Schicksal ist noch recht ungewiß. Die Bulgaren erklärten, nach dem Kriege nicht in Konstantinopel bleiben zu wollen. Vertraulich soll die Sofioter Regierung England davon in Kenntnis gesetzt haben, daß nach ihrer Absicht Konstantinopel samt seiner Umgebung eine freie Stadt mit internationalem Charakter werden und von einem Senate nach dem Muster Hamburgs mit einem regierenden Bürgermeister verwaltet werden soll. Alle in Kon-

stantinopel wohnenden Nationalitäten, nämlich die Türken, Armenier, Griechen und Juden, sollen besondere Vertreter in den Senat entsenden. Die Dardanellen sollen neutralisiert werden. Die künftige Hauptstadt des Türkentums soll Brussa sein.

§ Ein Gegenstück zu den Heiratschwindelereien seitens gewissenloser Männer leistete sich eine 21-jährige Friseurin in Berlin, die es verstand, als „ruminische Gräfin“ einen Architekten und einen Oberinspektor hinter das Licht zu führen und sie um namhafte Geldbeträge zu neppen. Sie wußte eine rührende Geschichte von ihrer Verlobung mit einem serbischen Prinzen zu erzählen, den sie aber garnicht „lieben“ möge, sie wollte vielmehr ihr Glück in einer bürgerlichen Ehe suchen. Die beiden Heiratskandidaten ließen sich umso eher täuschen, als die kleine Friseurin ganz „landesgemäß“ auftrat und in einem vornehmen Berliner Hotel wohnte; die Kosten freilich bestritt sie von dem Gelde der angebundenen Heiratslustigen, bei denen jeder Zweifel schwand, als die Gräfin erzählte, daß sie demnächst den Kaiser Franz Josef zur Schießjagd auf ihrem Schlosse erwarte. Der „Vater Graf“ spendete in einem fingierten Telegramme der bürgerlichen Verlobung sogar seinen Segen. Allerdings wandte sich bald alles zum Unhegen, als in dem Hotelier infolge des Engagements mehrerer junger Mädchen durch die „Gräfin“ der Argwohn aufstieg, daß man es hier mit einer — Mädchenhändlerin zu tun habe. Bei ihrer Festnahme deckte die Friseurin unter Tränen den ganzen Schwindel auf, nun kann sie neun Monate im Gefängnis über die Bergänglichkeit ihres kuzgen „Adepts“ nachdenken.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Laub.

Druck und Verlag der P. Necker'schen Buchdruckerei in Altenfeld.

Türkische Siegesnachrichten von der Tschataldichalinie!

Die Bulgaren unter schweren Verlusten zurückgeworfen.

Konstantinopel, 18. Novbr. Auf dem Ministerium des Aeußern wird berichtet, daß die Bulgaren auf der ganzen Linie zurückgeschlagen worden seien, nachdem der rechte Flügel der Türken die Bulgaren besiegte hatte, wobei den letzteren zwölf Kanonen und viele Gefangene abgenommen wurden.

Nach einer Meldung des Kriegsministers von der Tschataldichalinie errangen die Türken nach überaus heftigem Kampfe heute einen Sieg auf der ganzen Linie. Drei bulgarische Bataillone wurden mit ihren Offizieren gefangen genommen, außerdem verlor der Feind Tausende an Toten und Verwundeten. Die türkische Armee marschiert in nördlicher Richtung auf Kassaß vor. 8600 Bulgaren sind gefangen genommen worden, vierzig bulgarische Geschütze wurden erbeutet. Der türkische Sieg auf der Tschataldichalinie wurde auf dem nördlichen Flügel, der unter dem Kommando Mulihar Paschas steht, wirksam durch die türkische Kanonade der türkischen Flotte unterstützt. Der Sultan ließ die Nachricht von dem Siege sofort dem Thronfolger mitteilen.

Das Schicksal Albanien.

Berlin, 18. Nov. Das Schicksal Albanien muß vorläufig für unentschieden gelten, denn die Entwicklung der nächsten Tage und Wochen läßt sich nicht mit Sicherheit übersehen. Nur eines ist zu konstatieren, daß die Großmächte darüber einig sind, daß bei den zukünftigen Verhandlungen über den Frieden und über die Verteilung der Beute Albanien besonders zu behandeln sein wird, also nicht in die aufzuteilende Rolle fällt. Ob es ein selbständiges Fürstentum wird, und wer dieser Fürst einmal sein wird, das läßt sich heute nicht sagen, und unter diesem Gesichtspunkt ist eine Nachricht der „Neuen Freien Presse“ zu bewerten, die wissen will, daß für Albanien ein württembergischer Prinz in Aussicht genommen sei.

Oesterreich und Serbien.

Wien, 18. Novbr. An hervorragender informierter Stelle wird heute die Situation folgendermaßen dargestellt: Es sei einer jener kritischen Momente eingetreten, auf die man schon zu Beginn der Verwicklung gefaßt sein mußte, ein Moment, in dem sich nicht voraussagen lasse, auf welche Seite sich die Schicksalsfrage neigen werde. Das Verhalten der serbischen Regierung gegen die österreichisch-ungarischen Konsuln sei in der Tat das Ärgste, was sich ein kleiner Staat gegen seinen großen Nachbarn herausnehmen könne und zweifellos eine bedenkliche Verletzung des Völkerrechts. Auch das fähle Bözern, mit dem Paschitsch die Verantwortung der Anfrage des Belgrader Gesandten v. Upton hinausschiebt, grenze fast an Provokation. Aber man sehe noch nicht klar, ob die serbische Regierung wirklich die Dinge auf die Spitze treibe oder nur einen entscheidenden diplomatischen Schritt Oesterreich-Ungarns herausfordern wolle, der dann die Möglichkeit gebe, vor ihrer eigenen öffentlichen Meinung eine Nachgiebigkeit gegen Oesterreich-Ungarn vertreten zu können. Sei letzteres der Fall, so habe man es gewissermaßen nur mit einer Phase der inneren serbischen Politik zu tun, und die Lage werde in wenigen Tagen wieder normales, noch

hinreichend bedenkliches Gesicht zeigen. Denn Oesterreich-Ungarn könne und werde nicht mehr zögern, entscheidende Schritte zu tun, es sei die allerletzte Stunde gekommen. Sei aber die Auffassung der serbischen Staatsmänner die, daß in Oesterreich Aufstände ausbrechen, die slavischen Truppen den Gehorsam verweigern, der Balkanbund und Rußland hinter Serbien ständen, sodas dies den Kampf mit Oesterreich um den Siegespreis der südslavischen Gebiete aufnehmen könnte, so sei die Lage allerdings sehr ernst.

Eine weitere, aber nicht sehr bedenkliche Komplikation sei, daß man in Kreisen sehr hochgestellter slavischer Kanaliere mit der Fabel behen gehe, daß Oesterreich im äußersten Falle nicht unbedingt auf Deutschland rechnen könne. An den obersten Stellen der Monarchie wisse man wohl, daß dies nur eine Fabel sei, aber einen gewissen Eindruck mache das Gerücht immerhin, wenn auch nichts anderes dahinter stehe, als die Furcht eben jener slavischen Herren, daß im Ernstfalle Oesterreich-Ungarn dem deutschen Reiche wiederum stärker verpflichtet werden könnte. Es unterlege aber gar keinem Zweifel, daß Deutschland fest hinter Oesterreich stehe und in seinem Kampf um seine Großmachtsstellung und seine südslavischen Gebiete aus eigenem Interesse den Verbündeten nicht im Stiche lassen könne. Der Moment für ein entschiedenes Auftreten Oesterreich-Ungarns sei nicht nur der letztmögliche, er sei auch ein sehr günstiger, denn das Vorgehen der serbischen Behörden gegen den österreichisch-ungarischen Gesandten gebe die beste Handhabe zu einem Auftreten, von dem auch die slavische Bevölkerung Oesterreich-Ungarns sich nicht verleßt fühlen könne. Denn eine Großmacht, die sich das bieten ließe, was Serbien geboten hat, wäre schon abgedankt. Das könnte auch den Wünschen der österreichischen Slawen nicht entsprechen. Die Dinge stehen so sehr auf des Messers Schneide, daß man in ganz wenigen Tagen schon wissen werde, woran man sei. Bis dahin brauche man noch nicht die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens aufzugeben, wenn man auch nicht leugnen könne, daß die Situation sehr bedenklich sei.

Aus der türkischen Hauptstadt.

Konstantinopel, 18. Novbr. Heute früh um 8 Uhr landeten die ausländischen Kriegsschiffe 2000 Marineoldaten, sämtliche mit Waffen und Fuhrnen. Sie besetzten die Spitäler, Schulen und andere öffentlichen Gebäude. Die Maschinengewehre sind bereits gestern gelandet worden.

Die Tripolisämpfer.

Alexandria, 18. Novbr. Die türkischen Offiziere eilen aus der Cyrenaika scharenweise nach dem Balkan. Sie legen auf den Karawanenstraßen die Strecke Derna-Alexandrien in 15 bis 19 Tagen zurück, ohne Pferde und Kamele zu schonen, die zum größten Teil durch die Ueberanstrengung zu Grunde gehen. Enver Bey bleibt einweilen noch zurück.

Deutsche Aerzte zur Bekämpfung der Cholera auf dem Kriegsschauplatz.

Damberg, 18. Nov. Der Baderarzt Dr. Roth-Reichenhall ist vom König von Bulgarien in das bulgarische Kriegslager zur Bekämpfung der Cholera berufen worden.

K. Kameralamt Altensteig.

Zahlungs = Aufforderung.

Am 1. November sind Zweidrittel der Einkommen- und Kapitalsteuer verfallen.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche mit der Bezahlung noch im Rückstand sind, werden aufgefordert, die fälligen Steuern alsbald zu bezahlen. Gegen die Säumnigen wird vom 25. November ab die mit Sportelanlag verbundene zwangsweise Beitreibung eingeleitet.

Museum Altensteig.

Generalversammlung

am Freitag, den 22. November 1912, abends 8 Uhr
in der „Traube“.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ergeht an alle verehrl. Mitglieder die Einladung sich bei der Versammlung einzufinden.

Der Ausschub.

Altensteig.

Gewürmiges



Bohnhaus

hat in hiesiger Stadt zu verkaufen und kann eventl. auch Landwirtschaft miterworben werden.

Nähere Auskunft erteilt die Exp. ds. Blattes.

Gaugenwald.

Wald-Verkauf.

Der Unterzeichnete verkauft seinen am Weg von Oberweiler nach Simmersfeld gelegenen Waldteil und kann jeden Tag ein Kauf mit ihm abgeschlossen werden.

Michael Wurster, Bauer.

Gaugenwald.

Eine gut erhaltene

Brennerei-Einrichtung

mit einem Kesselinhalt von 160 Liter, sowie

6 Brauntweinflaschen

(eingebunden) von 10-60 Liter Inhalt, hat zu verkaufen

Michael Wurster, Bauer.

Kathreiner's Malzkaffee

Frank

Frank Roggenmalzkaffee

Kornfrank

Seelig's Kornkaffee

Andre Hofer's Feigenkaffee

Hensel's Nährsalzkaffee

stets frisch

empfehlen — als best bewährte Kaffeezusatzmittel — billigt

C. W. Lutz Nachf.

Fritz Bühler jr.

Gläser Nüsse!

Diesjährige, gelbfalige, per 50 Kilo 26 Mk. Versand von 12 1/2 Kilo an aufwärts, gegen Nachnahme solange Vorrat, empfiehlt bestens

Christian Bernhardt

Obsthandlung

Freudenstadt, Büttelberg.

— Telefon 56. —

Martinsmoos.

Donnerstag, den 21. ds. Mts., morgens 10 Uhr gibt einen Wurf angeordnete



Milchschweine

ab

Michael Darr.

Zuche Haus mit Bäckerei od. Warenhandlung, auch Wirtschaft, Gasthof, Platz gleich. Off. v. Reisinger u. „Existenz“, postlagernd Böhlingen.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute mittag 1 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Hermann Rudolf Pfister

Oberförster

im Alter von 65 Jahren.

Altensteig, 18. November 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Albert Pfister

Emma Pfister, geb. Knöller

Hubert Pfister

Marie Waibel, geb. Pfister

Johann Waibel

Emilie Pfister

Elise Raab, geb. Pfister

Mag Raab

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Gestern ist

Oberförster Rudolf Pfister

Stadtförster

aus dem Leben geschieden.

Derelbe hat die ihm anvertrauten Waldungen musterhaft bewirtschaftet und sich in nahezu 39jähriger Arbeit als äußerst pflichttreuer und arbeitsfreudiger Beamter bewährt.

Die Stadtgemeinde Altensteig wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Den 19. November 1912.

Namens der bürgerlichen Kollegien:
Stadtschultheiß: Welker.

Altensteig.

Ein 4 Wochen altes

Ruhkalb

hat sofort zu verkaufen

Beck, z. Anker.

Altensteig.

Zum

Waschen und Duchen

in und außer dem Hause empfiehlt sich eine junge Frau.

Wer? — sagt die Exp. ds. Bl.

Zur Lieferung von

Büchern u. Zeitschriften

empfehlen sich die

W. Wieker'sche Buchhandlung
I. Lauk, Altensteig.